

Vorsicht Wahl:

RECHTSPOPULISMUS

Zur Bundestagswahl 2017

WIR
SIND
NICHT
BURKA
LÜGENPRESS...
ALTERNATIVE
FAKTEN



politikturnier

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

Zur aktuellen Ausgabe

Ein Heft zur falschen Zeitpunkt? Das Magazin des Landesjugendrings Hamburg hat, bedingt durch Knappheit an personellen wie finanziellen Möglichkeiten, einen langen Vorlauf in der Themenplanung und ebenso in der Produktion. Nicht allein infolge dessen korrespondieren Titelthemen von punktum nicht mit einem schnell flatternden Zeitgeist. Für ein vierteljährig erscheinendes Blatt hat dies gute Seiten (Zeit zum Denken und Schreiben) und weniger gute (keine Option zur schnellen politischen Reaktion auf aktuell relevante Themen). Dieser Umstand sei vorausgeschickt, um rund zehn Tagen vor dem Erscheinen des Heftes sowohl dieses Editorial als auch das Titelthema »Rechtspopulismus« zu verorten. Denn angesichts der aktuellen politischen Debatten nach dem G20-Gipfel in Hamburg und über die gewaltsamen Ausschreitungen im Schanzenviertel hat sich der öffentliche Blick auf den Linksextremismus fokussiert. Wie und warum kann punktum zum Zeitpunkt des Erscheinens dann also den Blick auf den Rechtspopulismus richten?

G20. Doch die Dinge liegen näher bei einander, als es der Anschein vermuten lässt. Zumal wenn man den Blick auf die brutalen Ausschreitungen im Schanzenviertel richtet, deren Bilder in der öffentlichen Wahrnehmung andere Formen des Protestes und der Kritik wie etwa beim Gegengipfel auf Kampnagel überlagert haben. Das war gewollt von jenen Akteuren, die in der Schanze wüteten: Das inszenierte Bild des Protestes – die in Flammen stehende Stadt, die entfesselte Gewalt – sollte zum Spiegelbild jener globalen Verhältnisse taugen, deren Verantwortlichkeit man bei den »Herrschenden« des G20-Gipfels währte. Das ist populistisch und naiv zugleich. Schon in der alten Kritik der politischen Ökonomie, auf die sich jene Akteure manchmal noch berufen, hat Marx einst davor gewarnt, die sozialen »Charaktermasken« von Kapital und Arbeit zu fetischisieren: Nicht der Kapitalist sei gierig und aus moralisch verwerflichen Gründen ein Expropriateur, sondern die anonymen Bewegungsgesetze des Kapitals verhalten sei-

nen Träger zur Ausübung dieser Rolle. Schon Marx also warnte vor naiver Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse, erst recht vor der Verwechslung stummer ökonomischer Macht mit seinem politischen Ausdruck. Der Populismus jeglicher Couleur macht es sich da einfacher. Die Reduktion komplexer Zusammenhänge auf einfache Bilder von Freund und Feind ist ein übergreifendes Muster. Wo die linke Spielart gerade »G20 angreifen« gerufen hat, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, da retourniert nun der rechte Populismus mit »linksextremistische Strukturen zerschlagen«, um den »Rechtsstaat zu retten«. Beide bekämpfen einen Gegner, der aus »Bündel bloßer Vorstellungen« (David Hume) besteht.

Ein Blick auf Europa. Weshalb diese punktum-Ausgabe mit seiner Fokussierung auf Rechtspopulismus vor der Bundestagswahl seine Berechtigung hat, klärt auch ein Blick auf die politische Landkarte Europas. Hier spielt der Linkspopulismus kaum eine Rolle. Aber in neun europäischen Ländern regieren rechtspopulistische Parteien oder sind an der Regierung beteiligt. In nahezu allen nationalen Parlamenten sind sie mit mehr oder minder großen Fraktionen vertreten. Die alleinige Ausnahme bildet bislang der Deutsche Bundestag. Selbst ein Kommentator der konservativen FAZ bekam jüngst kalte Füße und bezeichnete den Rechtspopulismus als einen sich in Europa verbreitenden Virus einer »totalitären Demokratie«, der liberal-demokratische Systeme befällt. Diese Gefahr besteht auch in Deutschland. Deshalb analysieren die Autoren dieses Heftes Muster rechtspopulistischer Denk- und Agitationsformen – als politisches Gegengift. (jg)

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendrings Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers

Layout und Gestaltung: Niklas Pohl

Fotos: (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Mike Hörster c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.300 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Inhalt

Titelthema

Vorsicht Wahl: **Rechtspopulismus**
Zur Bundestagswahl 2017

- 3** »Wir sind nicht Burka« – oder: rechtspopulistische Anbiederung
Bundesinnenminister Thomas de Maizière erneuert die Leitkultur
- 6** **Nachrichten mit Alternativen Fakten**
- 9** »Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land.«
Muster der rechtspopulistischen Agitation am Beispiel zweier Reden von AfD-Politikern
- 13** **Schablonen des Populismus: Pseudo-Tabu**
- 14** **Merkmale des Populismus: Abgrenzung**
- 16** **Mit dem »Mut zur Wahrheit« gegen die »Lügenpresse«**

Wahl zum 19. Deutschen Bundestag |
24. September 2017

- 18** **Was steht zur Wahl?**
- 18** **Wer darf wählen?**
- 19** **Wie wird gewählt?**
- 20** **Jetzt mal checken!**
- 20** **Auf Tour durch Hamburg: der Wahl-O-Mat zum Aufkleben**

»Wir sind nicht Burka« – oder: rechtspopulistische Anbiederung

Bundesinnenminister Thomas de Maizière erneuert die Leitkultur

Wie fängt man dunkle Kräfte wieder ein? Wie zieht man potentielle Rechtsaußen-Wähler zumindest wieder in die politische Mitte? Nicht allein in CDU-Kreisen ist es schlechter Usus geworden, politisch mitunter bedenkliche Duftmarken dorthin zu senden, wo ein rechtspopulistisch empfängliches Publikum vermutet wird. Eine Analyse des Versuchs von Thomas de Maizière.

Kurze Erinnerung. »Wir sind Papst!« titelte die Bild-Zeitung 2005, als Kardinal Joseph Ratzinger im Vatikan zum Papst gewählt wurde. Die Schlagzeile schlug schlechterdings eins. Grammatikalisch ist der Satz falsch, inhaltlich sowieso. Das Muster einer falschen Identifikation – von einem Subjekt im Plural mit einem Objekt im Singular – wurde gleichwohl publizistische Mode und vielfach abgewandelt weiter genutzt. Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière griff die Wendung kürzlich auf, um dem alten Gespenst deutscher Leitkultur neues Leben einzuhauchen: »Wir sind nicht Burka.« Wo geschrieben? In der Bild am Sonntag am 30.4.2017. Ein durchaus lesenswerter Beitrag. Zeigt er doch, wie die selbsternannte politische Mitte, sei es aus wahltaktischem Kalkül, inhaltlich auf die schiefe Bahn der rechtspopulistischen Anbiederung gerät.

»Wer sind wir?«, fragt Bundesinnenminister Thomas de Maizière zum Eingang seines Beitrages »Leitkultur für Deutschland – Was ist das eigentlich?« – Es gibt Fragen, auf die nur mit der Kritik der Frage zu antworten ist. Wir? Eine solche Vergemeinschaftung suggeriert etwas Homogenes. Worin könnte dieses bestehen?

In Deutschland leben ca. 9,1 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (11 % der Gesamtbevölkerung), und der Gesamtanteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Sinne der amtlichen Statistik beläuft sich auf 17,1 Millionen Einwohner (ca. 21 %; Zahlen aus 2015). Nicht erst heutige Nationen wie Deutschland sind folglich schon mit Blick auf die Zusammensetzung der Bevölkerung inhomogene Gebilde, ganz zu schweigen von sozialen und ökonomischen Unterschieden, welche die Lebenslagen der Menschen determinieren. Ein umfassendes Wir ist objektiv nicht zu bestimmen.

Auch Thomas de Maizière scheint zumindest die vordergründige Schwierigkeit zu sehen und gleitet, um am proklamierten Wir festhalten zu können, ins bloße, subjektive Meinen ab: »In unserem Land gibt es ... viele ... Menschen,

die seit langer Zeit hier leben, ohne Staatsbürger zu sein – auch sie gehören zu unserem Land. Wenn ich aber von »wirspreche, dann meine ich zuerst und zunächst die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger unseres Landes.«

Er schreibt nicht von ungefähr »unseres Landes« – nicht der Bundesrepublik. De Maizière folgt also nur lax der modernen Staatsrechtslehre, welche den Bürger in einer demokratisch verfassten Republik als Souverän des politischen Willens definiert und der insofern gegenüber Migranten ohne Staatsbürgerschaft politische Vorrechte besitzt. Allein, dies führt der Text nicht explizit aus, wohl um dem Bild-Leser beschwerliche Staatsbürgerkunde zu ersparen. Zudem bleibt bei de Maizière das wohlmeinende Dazugehören der hier lebenden Nichtstaatsbürger ungeklärt. Diese gemeindet er nicht ins »Wir« ein, aber worin dann?

Verfassungspatriotismus. »Unstreitig« nennt de Maizière das Grundgesetz als Basis des Wir: »Wir achten die Grundrechte und das Grundgesetz. Über allem steht die Wahrung der Menschenwürde. Wir sind ein demokratischer Rechtsstaat.« De Maizière knüpft damit an eine progressive Auslegung der Verfassungslehre im Sinne der Aufklärung an, allerdings wiederum mit falscher Wir-Prädikation. Er spricht vom Verfassungspatriotismus. Diesen proklamierte der Philosoph Habermas gegen jede »konventionelle Form« nationaler Identität (also wie Abstammung, Boden oder Religion) und sah in einem dezidiert universalistischen »Verfassungspatriotismus« den »einzigem Patriotismus«, der die Bundesrepublik »dem Westen nicht entfremde«.

Fraglos ist die Bundesrepublik der Verfassung nach ein demokratischer Rechtsstaat. Ist es jedoch lautbar, wenn de Maizière eine Staatsrechtskonstruktion mit einem



»Wir«, also der Bevölkerung fehlbarer Individuen in Eins setzt? Wohl kaum, das dürfte dem Juristen de Maizière im Studium bekannt geworden sein. Menschen mögen Engel, Teufel oder allein – dank rechtsstaatlicher Sanktionsgewalt – Rechtsbefolgter sein. Aber nicht per se »sind« sie »Rechtsstaat«; Individuen sind und werden immer fehlbar bleiben. Wenn de Maizière gleichwohl dergestalt positiv konnotiert das Wir im Munde führt, schwingt – unausgesprochen, aber der Logik nach – Positives in Abgrenzung vom Gegenteil mit. Wer »Wir sind ein Rechtsstaat« postuliert, dem gelten Andere, die Nicht-Wir, als nicht dazugehörig. Potentiell als Feinde des Rechtsstaats. De Maizière schreibt sowas nicht direkt. Doch Geneigte werden das schon (miss)verstehen.

Leitkultur. Die Rede vom Verfassungspatriotismus muss bei de Maizière auch schwammig bleiben, da er diesem eine konventionelle Form nationaler Identität zur Seite stellen will: die Leitkultur – oder in seinen Worten: »eine Richtschnur des Zusammenlebens in Deutschland.« Ein paar Auszüge im Zitat:

Zur »Kulturnation«: »Wir sind Kulturnation. Kaum ein Land ist so geprägt von Kultur und Philosophie wie Deutschland. Deutschland hat großen Einfluss auf die kulturelle Entwicklung der ganzen Welt genommen. Bach und Goethe »gehören« der ganzen Welt und waren Deutsche.«

Zur demokratischen Haltung«: »Wir geben uns zur Begrüßung die Hand. ... »Gesicht zeigen« das ist Ausdruck unseres demokratischen Miteinanders. Im Alltag ist es für uns von Bedeutung, ob wir bei unseren Gesprächspartnern in ein freundliches oder ein trauriges Gesicht blicken. Wir sind eine offene Gesellschaft. Wir zeigen unser Gesicht. Wir sind nicht Burka.«

Zum Leistungsgedanken: »Wir sehen Leistung als etwas an, auf das jeder Einzelne stolz sein kann. Überall: Im Sport, in der Gesellschaft, in der Wissenschaft, in der Politik oder in der Wirtschaft. Wir fordern Leistung. Leistung und Qualität bringen Wohlstand. Der Leistungsgedanke hat unser Land stark gemacht.«

Zur Religion: »In unserem Land ist Religion Kitt und nicht Keil der Gesellschaft. ... Kirchtürme prägen unsere Landschaft. Unser Land ist christlich geprägt. Wir leben im religiösen Frieden. Und die Grundlage dafür ist der unbedingte Vorrang des Rechts über alle religiösen Regeln im staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenleben.«

Vieles von dem, was de Maizière zur Auspinselung seiner Leitkultur hier anführt, letztlich ein Sammelsurium mehr

oder minder banaler oder bedeutungsschwerer oder höchst fragwürdiger Allgemeinplätze, mag ein einzelner zur Richtschnur seines Lebens erheben. Ob daraus ein Bild aufgeklärter Haltung wird, sei erst einmal dahin gestellt. Falsch ist an der Idee einer Leitkultur zunächst, dass inkohärente Handlungsfragmente zur allgemeinen Richtschnur und zur Wir-Identität der Deutschen erhoben werden. Die Richtschnur ist populistisch, da Plattitüden wie etwa Kulturnation oder Leistungsgedanke ohne Blick auf innere Widersprüche den Deutschen identisch gemacht werden. Und sie ist geradezu gefährlich: Denn das kulturalistische Schnittmuster, das als fertiges Gewand alle Deutschen einkleiden soll, taugt allemal dazu, jene auszugrenzen, denen es nicht maßgerecht passt. Hierin liegt das rechtspopulistische Unheil in der Rede von einer Leitkultur.

Zur Kritik der »Kulturnation«: Von der Vorgarten- bis zur Unternehmenskultur, von Lebens- bis hin zu Konsumkulturen. Die Rede von Kultur und gar von Kulturen ist inflationär geworden. Aus diesem Gemenge will de Maizière die Deutschen offenbar zu Höherem herausführen. »Wir sind Kulturnation.« Goethe und Bach, auch Philosophie werden zum Beweis aufgerufen.

Von einer Kulturnation zu sprechen ist jedoch schon immer Unkultur. Ungebührlich ist es zunächst, Dichter, Komponisten oder Schriftsteller und deren Werke einem nationalen Kollektiv als etwas Gemeinsames einzuverleiben. Oder wie der Kritiker Karl Kraus bereits in den 1920er Jahren trefflich schrieb: »Die deutsche Bildung sollte nicht geleugnet werden. Nur muss man auch wissen, dass sie kein Inhalt ist, sondern ein Schmückedeinheim.«

Doch nicht allein die fremden Federn sind falsch in der de Maizière'schen Idee einer Kulturnation. Falsch ist der Begriff zumal, weil er Widersprüche zukittet. Das betrifft das Zusammenspiel von Kultur und Nation als auch Widerstreitendes in der Kultur selber. Intellektuellen und Künstlern wurde die deutsche Nation nicht erst mit der Nazi-Diktator zum Feind. Schon Heinrich Heine dichtete im Pariser Exil, doch erst die Nazis sorgten für einen Massenexodus deutscher Intelligenz. Danach, als wäre nichts gewesen, von einer von Bach und Goethe geprägten Kulturnation zu schreiben, wie durch de Maizière, ist zumindest vermessen. Wer es mit Kultur ernst meinte, wem die Freiheit, das Wahre, Gute und Schöne wesentlich war, dem wurde die Nation in Deutschland historisch vielfach zum Feind.

Doch auch Kultur als Leitbild ist selber kritisch zu hinterfragen und nicht, wie bei de Maizière, wohlgefällig zu nehmen als ein etwas, was den Menschen von allein zu einem besseren macht. Das lehrt ebenso die deutsche Geschichte. Nach 1945 und der Befreiung vom Nazi-Terror fragten viele Kultur-

beflissene, wie es zur Herrschaft der Nazi-Horden inmitten eines Landes reicher Kulturtradition nur hätte kommen können. Eine Frage ignoranter Ahnungslosigkeit.

Schon Sigmund Freud hatte in seiner 1930 publizierten Schrift »Das Unbehagen in der Kultur« auf den Zwiespalt des Individuums hingewiesen, dem jede Kultur- und Zivilisationsleistung Triebverzicht abverlange und nach Erreichten nicht hinlänglich entschädige, sondern ihn weiter in das fortlaufende Rad des Immer-Weiter einspanne. Solange dies fortwährt, zumal verschärft durch ökonomische Heteronomie, werde der Einzelne Kultur nicht nur als Gegensatz zur individuellen Freiheit empfinden, was Kulturfeindschaft hervorruft, sondern, so Freud, nach einem Ventil suchen lassen, um Aggressionen, in Folge des Triebverzichts gegen sich selbst aufgestaut, projektiv gegen Andere zu wenden. Dafür bot der Nationalsozialismus das ideologische Modell mit dem Sündenbock einer »jüdischer Weltherrschaft«, das in Deutschland zum Unheil einschlug.

Von Kultur im Sinne von »Wir sind Kulturnation«, wie von de Maizière, zu reden, ist also höchst zweifelhaft. Zwei Momente sind ideologisch dabei insbesondere verhänglich: Er schweigt über den Abgrund des Nationalsozialismus hinweg und schwelgt dafür in einer Kultur der Deutschen dank Bach und Goethe. Das ist kulturalistischer Neo-Chauvinismus, von dem de Maizière in seinem Bild-Beitrag wohl hofft, Menschen mit rechtspopulistischer Gesinnung für sich einzufangen.

Zur Kritik der »Haltung«: Ein Strickmuster populistischer Stimmungsmache ist, mit »gefühlten« Bedrohungen in der Bevölkerung so zu hantieren als seien es reale. Statt falschen Angstbildern mit Aufklärung entgegenzutreten, verstärkt der rechtspopulistische Agitator diese und zeigt sich so betroffen wie seine Zuhörer. Ein Beispiel dafür bot unlängst der AfD-Spitzenkandidat Leif-Erik Holm vor der letzten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit der Aussage: »Die Angst vor der Überfremdung und dem Verlust der deutschen Identität ist nicht irrational, sondern durch Zahlen belegt. Ich persönlich fühle diese Angst, dass wir Deutschen eines Tages kulturell untergehen könnten, so wie es in manchen Stadtteilen schon passiert ist.« (www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-bei-den-landtagswahlen-kulturkampf-um-mecklenburg-vorpommern/14465464.html) »Zahlen«, von Holm nicht näher benannt, belegen freilich anderes: Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt in Mecklenburg-Vorpommern weit unter dem Bundesdurchschnitt. Eine reale Bedrohung, sofern denn diese überhaupt im Zuzug fremder Menschen bestünde, sähe folglich anders aus.

Doch die rechtspopulistische Propaganda attackiert eher ei-

nen Popanz als wirkliche Gefahren: Sie bedient oder erzeugt Bilder vermeintlicher Überfremdung, ohne sich um deren Realitätsgehalt ernstlich zu scheren. So ist die Burka zum Popanz rechtspopulistischer Propaganda geworden, zum Symbolbild der »Überfremdungsgefahr«. Da schert es nicht, dass dieses Tuch zur vollständigen Bedeckung der Frau, auch ihrer Augen, in den meisten islamisch geprägten Ländern unüblich ist und kaum Trägerinnen in Deutschland zu sehen sind. Diesen Kontext gilt es zu vergegenwärtigen, um den törichten Leitkultursatz »Wir sind nicht Burka« von de Maizière richtig einzuordnen. Er stellt gegenüber: »Gesicht zeigen« das ist Ausdruck unseres demokratischen Miteinanders. ... Wir sind eine offene Gesellschaft.« Soll das Wort von der offenen Gesellschaft mehr sein als ein Lippenbekenntnis, dann bräuchten jene, die äußerlich anders sind als die Mehrheit (also etwa die Burkaträgerin), nicht fürchten, darum stigmatisiert zu werden. De Maizière aber springt der rechtspopulistischen Masche bei, wenn er Demokratie statt an ihren Inhalten und Formen auch an kulturalistischen Haltungen festmachen will. Er macht sich dabei der Vorurteilsbildung mitschuldig. Die Burka kann, je nach Vorschreibung in totalitären Ländern, als Zeichen der Unfreiheit der Frau gesehen werden. In aufgeklärten Ländern ist jedoch der Mensch als Bürger und nicht nach seiner Erscheinung zu beurteilen. Treffend – und zum Korrektiv des Vorurteils – hat das der Philosoph der Aufklärung, Immanuel Kant, in Worte gefasst: »Den Kommenden beurteile nach seinem Rock, den Gehenden nach seine Rede.«

Zum Schluss. »Kultur ist Reichtum an Problemen«, schrieb Egon Friedell, »und wir finden ein Zeitalter um so aufgeklärter, je mehr Rätsel es entdeckt hat.« Der Kulturhistoriker der italienischen Renaissance hatte dabei mit im Sinn, sowohl falsche Ehrfurcht vor epochalen Kulturzeugnissen zu nehmen als auch den Blick darauf zu richten, wie sehr sie ästhetische Zeugnisse von gesellschaftlichem Wandel, Fragen und Widersprüchen sind. Wie anders – nach Vorschrift, Starrheit und Ertüchtigung – klingt da Kultur bei de Maizière: »Leitkultur kann und soll vor allem vorgelebt werden. Wer sich seiner Leitkultur sicher ist, ist stark.« Leitkultur denkt de Maizière also invariant – als einen Kanon, der Richtiges und Falsches scheiden soll. Wer sollte ein solchen verbindlich für alle festlegen? Das Grundgesetz lässt eine Vielfalt an kulturellen Lebensformen zu. Was hingegen de Maizière fordert, ist im Muster kulturreaktionär, da es eine soziale und kulturelle Geschlossenheit als nationaler Identität voraussetzt, die es in der Realität so nicht gibt. Wer eine solche schaffen will, geriete dabei in gefährliche Nähe zu jenen Bildern, die sich Rechtspopulisten von einem homogenen Deutschland machen. (Jürgen Garbers)

Nachrichten mit Alternativen Fakten

Der Staat enteignet Wohnungen für Geflüchtete, ein schwuler Asylant vergewaltigt eine Frau, und die Grünen schaffen den Weihnachtsbaum ab. Man muss nicht lange suchen, um im Internet auf Fake News zu stoßen. Mit diesen manipulierten Meldungen wollen rechte Blogs Ängste schüren und die Einstellungen ihrer Leser beeinflussen. Doch wie funktionieren sie und was kann helfen?

Genaugenommen sind **Fake News** kein neues Phänomen. Von Anfang an gehören Gerüchte und Falschmeldungen zum Repertoire zwischenmenschlicher Kommunikation und Medien bilden keine Ausnahme. Stattdessen waren Zeitungsenten, falsche oder widersprüchliche Meldungen lange Zeit unvermeidliche Begleiter der Zeitungslektüre. Erst mit dem Aufkommen eines unabhängigen und kritischen Journalismus gelang es den Medien – allen voran den Zeitungen –, eine Verlässlichkeit aufzubauen und Vertrauen in ihre Berichterstattung zu gewinnen.

Doch dieses Vertrauen ist heutzutage in Teilen der Gesellschaft zutiefst erschüttert. Das Misstrauen ist inzwischen so stark, dass sich eine selbsternannte »Gegenöffentlichkeit« zu den »Mainstream-Medien« etablieren konnte. Im Internet treten rechte Seiten und Blogs wie Politically Incorrect, Journalistenwatch, Correctiv oder auch das russische RT Deutsch (ehemals Russia Today) laut Selbstdarstellung mit dem Anspruch an, »abseits des Mainstream« Informationen zu bieten, »die in den deutschen Massenmedien nicht oder nur am Rande Erwähnung finden«.

Diesem Anspruch werden sie gerecht. Allerdings hat es meist gute Gründe, dass eben jene Informationen in den klassischen Medien keine Erwähnung finden. Sie sind schlicht falsch oder geben die Sachlage nur eingeschränkt wider. Ohne Frage kann es immer wieder zu Fehlern kommen. Ent-

scheidend ist jedoch, ob Falschmeldungen unbeabsichtigte Fehler zugrunde liegen oder Intention. Sobald Absicht im Spiel ist, sind solche Berichte Fake News – und die Kanäle der Gegenöffentlichkeit sind gespickt mit solchen Meldungen. Mit ihren manipulierten Nachrichten zielen die rechten Blogs darauf ab, die politische Einstellung von Menschen zu beeinflussen. Sie wollen Eindrücke vermitteln, die man auf Grundlage vollständiger Informationen nicht bekommen würde. Aus manipulierten Nachrichten werden manipulative Botschaften.

Funktionsweisen. Soziale Netzwerke spielen bei der Verbreitung von Fake News eine große Rolle. Denn die Nutzer sorgen durch Likes und Kommentare von allein für die Verbreitung, sofern die Meldungen ihre Aufmerksamkeit auf sich ziehen und sie emotional berühren – ansonsten gehen sie im endlosen Strom an Statusmeldungen unter. Um glaubwürdig zu erscheinen, dürfen Fake News den Bezug zur Realität nicht vollständig verlieren. Deswegen baut fast jede Geschichte auf einen mehr oder minder wahren Kern auf und sorgt mithilfe altbewährter und miteinander kombinierbarer Mechanismen für die entscheidende Akzentverlagerung. Dazu können Fake News beispielsweise:

- Informationen weglassen,
- durch Spekulation Aussagen hinzufügen,
- Aussagen unterstellen,
- Informationen dekontextualisieren.

Weglassen. Journalistenwatch – das Journal für Medienkritik und Gegenöffentlichkeit – berichtete im Mai 2017 unter Bezug auf den Münchener Merkur über eine Gerichtsverhandlung: »Schwuler« Flüchtlings vergewaltigt Frau!«. In der Tat beruhte der Prozess auf einer Vergewaltigung durch einen ugandi-



schen Geflüchteten. Schon zu Beginn des Prozesses hatte er ein umfassendes Geständnis abgelegt, was ihm – wie auch seine beträchtliche Alkoholisierung zum Tatzeitpunkt – bei der Urteilsfindung zu Gute kam. Bezeichnend erschien es Journalistenwatch, dass der »angeblich schutzsuchende« Verurteilte Homosexualität als Asylgrund angegeben habe und kurz nach seiner Anerkennung als Asylant eine Frau vergewaltige.

Eine Information aber hielt das Blog aus dem Bericht des Merkur zurück: Der der Ugander hatte nämlich angegeben, bisexuell zu sein und nicht homosexuell. Eine homosexuelle Beziehung wiederum sei Grund für die Verfolgung in seiner Heimat gewesen. Mit dieser Information fällt der intendierte Skandal jedoch in sich zusammen und zeigt das Motiv des Blogs auf. Es interessiert sich nicht ernsthaft für die Vergewaltigung und das Opfer. Stattdessen sollte gegen die Qualität der Asylverfahren gehetzt werden.

Spekulation. Eine Hamburger Lokalgeschichte veranschaulicht, wie sich durch die muntere Spekulation von Autoren eine größere Story mit erstaunlicher Reichweite entwickeln kann. Im Anfang Mai 2017 berichtete das Hamburger Abendblatt über den Entzug sechs länger leerstehender Wohnungen in Hamburg Hamm durch das Bezirksamt Mitte. Das Amt plane, die Wohnungen zu sanieren, sie anschließend zu vermieten und nach Erstattung der entstandenen Kosten wieder in die volle Verfügung des Besitzers zu übergeben. Die Grundlage für das Vorgehen des Bezirksamtes sei das Hamburger Wohnraumschutzgesetz in seiner Fassung von 2013 und die zunehmende Wohnraumknappheit in der Stadt.

Drei Tage nach Erscheinen dieses Berichts griff das Blog Politically Incorrect die Meldung auf, stellte einen Zusammenhang her zwischen den knappen Wohnraum in deutschen Ballungszentren und der Unterbringung von Geflüchteten und sorgte sich um Wohnungseigentümer, denen es in Zukunft ähnlich ergehen könne. Denn man wisse ja, wie »Wohnungen nach Vermietung an eine bestimmte, derzeit in Deutschland bevorzugte Klientel aussehen«. Schließlich sei es in der »zurzeit in Installation befindlichen Diktatur« Pech für den Eigentümer, wenn »bei Vermietung an Zigeuner und andere ›Goldstücke‹ der Wert der Immobilie verfällt«.

Wenig später verschafft das amerikanische Gatestone Institute der Lokalnotiz größere Aufmerksamkeit. Titel (»Germany Confiscating Homes to Use for Migrants«) und Ende des Artikels legen nahe, dass auch der Think Tank einen Zusammenhang zwischen Enteignung und der Flüchtlingskrise sieht: »Werden die Behörden ein Wohnraummaximum pro Person festlegen und diejenigen, die große Wohnungen bewohnen, dazu zwingen, sie mit Fremden zu teilen?«

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte die Geschichte, als das Blog The Gateway Pundit den Artikel in gekürzter Form unter

dem Titel »Germany Is Now Confiscating Homes To Use For Merkel's Migrants!« veröffentlichte, um im Anschluss ihren Weg zurück nach Deutschland zu finden. Das Blog Halle Leaks meldete, dass die »Diktatur für das arbeitsfreie Wohlbefinden der neuen Herren in Deutschland (...) im vollen Gange« sei und »Wohnungen für ›Flüchtlinge‹ beschlagnahmt« würden. So erscheint dank der hemmungslosen Spekulation rechter Nachrichtenseiten die Enteignung von sechs Hamburger Wohnungen im Sinne des örtlichen Wohnraumschutzgesetzes in kürzester Zeit als eine deutschlandweite Enteignungswelle für »Merkels Flüchtlinge«. Die Blogs griffen die Nachricht voneinander auf und fügten ihren Teil hinzu. Mit jedem Mal wurde der vermeintliche Skandal größer – wie bei Stille Post.

Unterstellen. Besonders die Webseite Halle Leaks mit ihren Ablegern auf facebook oder VKontakte geht einen Schritt weiter als andere Seiten: Die von einem ehemaligen Mitglied der verbotenen Organisation Blood & Honor betriebenen Seite suggeriert Aussagen von Prominenten oder Politikern, die nicht gemacht wurden.

Ende letzten Jahres meldete Halle Leaks beispielsweise, dass die Grünen in Düsseldorf den »Christbaum als unzeitgemäß« bekämpfen wollten. Auf einem Sharepic mit dem Konterfei von Norbert Czerwinski, dem Fraktionschef der Grünen, hieß es: »Gerade im Hinblick auf die andersgläubigen Flüchtlinge ist das jährliche Aufstellen einer Weihnachtsanne ein völlig unzeitgemäßes Ritual«. Ein vermeintliches Zitat, das der grüne Fraktionschef so nicht gemacht hatte. Stattdessen hatte Czerwinski das jährliche Schlagen einer Tanne für den kurzen Einsatz als Weihnachtsbaum als »unzeitgemäß« kritisiert und angeregt, einen Baum ans Rheinufer zu pflanzen und jedes Jahr neu zu schmücken.

Über die wirklichen Zusammenhänge klärt bereits die kurze Lektüre der als Quelle angeführten Kronenzeitung. Doch das Blog will mit seiner pointierten und falschen Unterstellung nicht zur Quellenlektüre animieren, sondern Aufmerksamkeit für seine eigene Sichtweise erzeugen.

Dekontextualisieren. Sehr effektiv kann es sein, getroffene Aussagen aus ihren Kontext zu reißen. So lassen sich Aufreger schaffen, für die bei genauerer Betrachtung kein Anlass besteht. Margot Käßmann, die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), hat diese Erfahrungen auf dem Kirchentag 2017 in Berlin machen müssen. Im Rahmen einer Bibelarbeit hatte sie Kritik an dem familienpolitischen Programm der AfD geübt. Daraufhin dauerte es nicht lange, bis sie für die Aussage »Zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern. Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht« von der AfD und ihren führenden Köpfen in den sozialen Medien als Rassistin gebrandmarkt

wurde. Die Unterstellung: Käßmann würde jede Person mit deutschen Vorfahren als Nazi abstempeln. Ein Sharepic auf der Facebook-Seite der AfD suggerierte sogar, die Theologin habe gesagt; »Wo Deutsche Kinder bekommen, da weht ein ›brauner Wind‹«. Das Ergebnis: 2.571 Likes, 871 Kommentare und 1.927-mal geteilt – und das nur für diesen Beitrag. Insgesamt dürfte es von der sozialen Interaktion her eine sehr erfolgreiche Kampagne gewesen sein.

In Wirklichkeit hatte Käßmann mit Blick auf das AfD-Programm unter anderem gesagt: »Frauen sollen Kinder bekommen, wenn sie »biodeutsch« sind. Das ist eine neue rechte Definition von einheimisch gemäß dem so genannten kleinen Arierparagraphen der Nationalsozialisten: zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern. Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht.«. Mit der kritisierten Formulierung hatte sie außerdem den AfD-Landtagsabgeordneten Ralph Weber zuspitzend aufgegriffen, der im April auf Facebook geschrieben hatte: »Wir müssen und werden dafür sorgen, dass unsere Heimat auch in 30 Jahren noch von deutscher Kultur, deutschen Traditionen, unserer deutschen Sprache und einer deutschen Leitkultur geprägt und geformt wird. Wir ›Biodeutsche‹ mit zwei deutschen Eltern und vier deutschen Großeltern müssen hierfür sorgen.«

Sich mit seiner Reaktion allein auf Käßmanns Aussage bezüglich deutscher Eltern und Großeltern zu beschränken, ermöglichte es der Partei und zahlreichen Blogs, eine Auseinandersetzung mit der geäußerten Kritik zu vermeiden und stattdessen die Theologin ins Zentrum der Aufregung in den sozialen Netzwerken zu schieben.

Was tun? Wie gesagt, Fake News sind nichts Neues. Doch soziale Medien ermöglichen eine neue Stufe der Verbreitung. Für die Gesellschaft und die einzelnen Nutzer wird es darauf ankommen, sich einen neuen kritischen Umgang mit digital verbreiteten Nachrichten anzueignen. Mögliche Mittel hierfür sind so alt wie die Fake News selbst. Sie müssen nur ein wenig an die neuen Möglichkeiten angepasst werden:

- **Schlagzeilen überprüfen:** In sozialen Netzwerken fällt es besonders leicht, mit falschen Überschriften auf seriöse

Artikel zu verweisen. Um das zu prüfen, helfen zwei Dinge: Link folgen und Artikel lesen oder einfach die Überschrift googeln. Gibt es keinen Treffer bei dem angegebenen Medium, handelt es sich um einen manipulierten Titel.

- **Quellen einschätzen:** Ein mit manipulierten Nachrichten arbeitender Blog kann unseriös aussehen, muss es aber nicht. Journalistenwatch kommt beispielsweise in einer seriösen Aufmachung daher. Auch hier können zwei Schritte Orientierung geben: 1. Prüfen, welche Inhalte die Seite in der Regel veröffentlicht. Möchte man wissen, was für Beiträge der Landesjugendring Hamburg normalerweise veröffentlicht, stellt man bei google vor die Webadresse ein »site: ein: »site:ljr-hh.de«. 2. Um zu erfahren, wer und wo über die Seite berichtet wird, reicht es, die Webadresse bei der Suchanfrage in Anführungszeichen zu setzen »ljr-hh.de«.

- **Bilder checken:** Bilder sind sehr wirkungsmächtig und doch besonders anfällig. Das Einstellungsdatum von Bildern lässt sich mit der Seite tineye.com relativ leicht überprüfen. Sollte es älter sein, als das der beschriebene Anlass, kann es nicht echt sein.

Manipulationen können mit der Seite fotoforensics.com überprüft werden. Einfach die Bild-URL in die Suchleiste eingeben und farbige Flecken zeigen bearbeitete Stellen an.

- **Schlau machen:** Es gibt inzwischen mehrere Seiten, die über Falschmeldungen aufklären. Dazu gehören Mimikama.at oder Hoaxmap.org. Auch der Faktenfinder der Tagesschau bemüht sich, möglichen Gerüchten auf den Grund zu gehen.

- **Widersprechen:** Gegen Hate Speech hilft Counter Speech und der Europarat gibt auf der Seite <https://no-hate-speech.de/> praktische Tipps und Hilfe, wie man leichter widersprechen kann.

- **Hass melden:** Während sich die Berichte in der Regel im Rahmen der Gesetze bewegen bzw. zu einem Großteil von klassischen Medien entnommen werden, gelten diese Schranken für die Kommentare meist nicht. Hier lassen die Leser ihren Gedanken freien Lauf. Widerspruch lohnt sich hier bestimmt, aber das Melden oder sogar Anzeigen krasser Kommentare kann nicht schaden. (Oliver Trier)



»Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land.«

Muster der rechtspopulistischen Agitation am Beispiel zweier Reden von AfD-Politikern

Als Aufreger bei rechtspopulistischen Reden werden zumeist die alarmierenden Zuspitzungen oder politischen Reizworte wahrgenommen. Doch wichtiger sind bei einer Analyse die wiederkehrenden rhetorischen Muster. – Eine Untersuchung zweier Reden der AfD-Politiker Alexander Gauland und Björn Höcke (gehalten in Elsterwerda, 2. Juni 2016*).

Der rechtspopulistische Agitator übt sich in seiner Propaganda in einem Spagat. Anders als der offen bekennende Rechtsextreme geht er nicht so weit, die demokratische Grundordnung direkt anzugreifen. Einer rechtsstaatlichen Sanktion will er ausweichen. Geradezu reflexhaft ist daher sein Bemühen, noch die absurdesten politischen Meinungen als Grundgesetz konform darzustellen. Er gibt sich also einerseits als Verfechter von Demokratie und Grundrechten aus, auf deren Abschaffung sein Gefasel von deutschen Volksinteressen letztlich doch hinausliefe. In dieser Konsequenz wähnt er sich einig mit seinem Publikum. Er weiß um Ressentiments und Wünsche seiner Zuhörer, die über das rechtspopulistisch offen Bekennbare hinausgehen und die er andererseits in seiner Rede nicht nur befriedigen sondern befeuern will. Die rhetorische Technik des rechtspopulistischen Agitators verfährt daher pseudodemokratisch und ist höchst vage bei konkreten Analysen und positiven, politischen Programmen. Sie agiert vornehmlich mit auf die

Zuhörer gemünzten psychologischen Stimuli. Ein Spagat zwischen pseudodemokratischer Diskurslogik und gezieltem Einsatz von alarmierenden Reizwörtern.

Personalisierte Propaganda. Seht her, ich bin einer von Euch. Das ist die Botschaft am Eingang der Reden von Gauland und Höcke im brandenburgischen Elsterwerda. Beide suchen die Identifikation mit dem Publikum und plaudern über sich, die Zuhörer und die Heimat. Während Höcke die Schönheit der umliegenden Landschaft preist und ankündigt, am Schluss der Veranstaltung ein volkstümliches Lied gemeinsam mit der Zuhörerschaft singen zu wollen, bemüht Gauland die Opferrolle, von der er hofft, ein gemeinsames Wundmal zu treffen. Er sagt, er habe kürzlich erfahren müssen, was ein »veritabler Shitstorm« sei. Dieser Shitstorm sei die Folge auf seine Interview-Aussage über den Fußballer Jérôme Boateng gewesen. Gauland war in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung mit den Worten zitiert worden: »Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.« Gauland ruderte nachfolgend gegenüber der Presse mehrfach zurück. In Elsterwerda aber sagt er: »Ja, liebe Freunde, ich habe etwas Richtiges



gesagt, aber ein falsches Beispiel gewählt, das mir Journalisten vorgelegt haben. Das können Sie die eigene Dummheit nennen.« Vor der Popularität eines Jérôme Boateng knickte Gauland öffentlich ein; in Elsterwerda aber bestätigt er den Kern seiner Aussage: Einen Fremden wolle man nicht als Nachbarn. Dafür einen Shitstorm zu ernten, empfindet Gauland als »Heuchelei«. Er habe nur ausgesprochen, »was jeder von uns weiß«.

Bei dieser fremdenfeindlichen Tirade ist auch die rhetorische Figur wesentlich. Gauland präsentiert sich als Opfer, weil er die »Wahrheit« ausgesprochen habe. Er sucht den Schulterchluss mit dem Publikum, dem er ähnliche Erfahrungen supponiert. Wenn sie denn die sogenannte »menschlichen Überflutung durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung« öffentlich benennen. Gauland zeigt auf ein Transparent im Publikum und liest laut vor: »Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land.« Applaus der Zuhörer. Der Schulterchluss ist hergestellt.

Wozu das Ganze? Die nur schwach bemäntelte Fremdenfeindlichkeit ist das Vehikel, um eine Einigkeit im Sinne vermeintlich unbequemer und daher angeblich unterdrückter

»Wahrheit« herzustellen. Die potentiellen Angreifer – der Redner wie das adressierte Publikum – wollen sich vorab als Opfer wähen, wenn sie »deutsche Volksinteressen« verteidigen. Aus der Opferrolle, der empfundenen Defensive, will die rechtspopulistische Bewegung ihre Kraft ziehen.

Das rhetorische Muster der personalisierten Ansprache und Propaganda zieht sich in weiteren Varianten durch die Reden von Gauland und Höcke. Denn die rechtspopulistische Agitation sieht, gerade wenn sie von dem spricht, »was jeder weiß«, von komplizierten Sachverhalten ab, erst recht von der Mühsal ihrer kritischen Analyse. Stattdessen werden gesellschaftliche Probleme auf politische Entscheidungsträger reduziert. So spricht etwa Höcke immer von der »Kanzler-Diktatorin«, die den Deutschen einen »Asyl-Orkan« eingebrockt habe. Kein Wort verliert er über die menschenunwürdige Notlage der Flüchtenden im Jahr 2015. Erst recht umschiffen deren gesellschaftspolitische Dimension.

Pseudodemokratisch. In seiner Rede in Elsterwerda liefert Höcke ein Paradebeispiel dafür, wie Rechtspopulisten beim Aufruf des Grundgesetzes und ihrer scheinheiligen Verteidigung es verstehen, flugs nach Rechts ins Gegenteil abzubiegen. So beschwört Höcke die Freiheitsrechte. Sein »Lieblingsgrundrecht« sei der Artikel 5, den er auf das »Recht auf Meinungsfreiheit« verkürzt und ausführt: »Das ist das zentrale Recht in einer Demokratie. Ohne Meinungsfreiheit kann Demokratie nicht gedacht werden.« Im Grundgesetz ist jedoch die Menschenwürde der zentrale Wert, der allen anderen vorangeht und der mit keinem anderen Verfassungsgut abwäglich ist. Höcke übergeht dies, da er auf einen scheinbaren Widerspruch hinaus will. Er sagt, es gebe ein »einfaches Maß ... um herauszukriegen, wie es um die Meinungsfreiheit in einem Land bestellt ist: Und das Maß ist zwischen dem, was sie denken, was sie vielleicht auch im engsten Familienkreis trauen auszusprechen, und das, was sie öffentlich ... kundtun würden. Und jetzt ... denken sie mal nach, wie groß die Diskrepanz zwischen der privaten Meinung und der von ihnen öffentlich vorgetragenen Meinung in diesem Land geworden ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten. ... Ja, ich höre gerade, das ist wie in der DDR. Leider sind wir nicht mehr allzu weit davon entfernt. In einem voll entwickelten Rechtsstaat sind die private Meinung und die öffentlich kund getane Meinung fast deckungsgleich. Und es gibt auch einen anderen netten Parameter: Das ist die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Meinung, das ist das, was sie alle denken, und dem, was sie jeden Tag in den etablierten Medien lesen können.« (Rufe im Publikum: »Lügenpresse! Genau!«) Höcke schlussfolgert: »Wenn die Meinungsfreiheit – das zentrale Grundrecht – nicht mehr



vollumfänglich verwirklicht ist, dann spricht man nicht mehr von einem demokratischen Rechtsstaat, sondern dann spricht man tatsächlich von einem Gesinnungsstaat. ... Und in einem Gesinnungsstaat ... herrscht die sogenannte politische Korrektheit.«

Eine wirre Argumentation. Denn Höcke baut das, was er schlussfolgern will, die Unterdrückung von Meinungen, zuvor als Prämisse ein. Als eine subjektiv bestimmte Tatsache, der das Publikum bereitwillig zustimmt. Dass jedoch Höcke seine Rede unter freiem Himmel halten kann und dass ebenso die Teilnahme an der AfD-Veranstaltung durch die Versammlungsfreiheit des Grundgesetzes garantiert ist, somit er selbst und die Zuhörer gerade ein Beispiel für Meinungsfreiheit bieten, an diesem Widerspruch stören beide sich nicht. Denn sonst fielen die Verschwörungstheorie vom Gesinnungsstaat und ihre scheinbare Maßgabe einer »politischen Korrektheit« in sich zusammen. Und was denn angeblich nur privat gemeint, aber nicht öffentlich ausgesprochen werden kann, entzieht Höcke in seiner Rede vollends einer diskursiven Überprüfung. Es bleibt als rhetorische Figur bewusst nebulös und dient dem Schulterchluss mit einem Publikum, das seine Meinung von »menschlicher Überflutung« durch Asylanten mit unterdrückter Wahrheit gleichsetzen soll. Erst recht bleibt in den Reden von Gauland und Höcke unausgesprochen, was aus diesen Meinungen politisch folgen müsste, wenn sie denn in ein Handlungsprogramm positiv übersetzt würden. Dieses liefe in letzter Konsequenz auf die Herstellung einer homogenen »Volksgemeinschaft« hinaus.

Hier hat Höcke paradoxerweise und ungewollt Recht: Diese Meinung kund zu tun, ist nicht vom Artikel 5 des Grundgesetzes gedeckt. Denn sie liefe dem zentralen Grundrecht auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde zuwider.

Alarmismus und psychologische Stimuli. Der rechtspopulistische Agitator zielt darauf ab, Menschen gedanklich und emotional gefangen zu nehmen. Die Bestätigung dessen, was sie ohnehin von der Weltlage meinen zu wissen, ist das rhetorische Vehikel. Von kritischen Analysen sieht der Demagoge zugunsten der Stimmungsmache ab. Dabei wiederholen Gauland und Höcke unaufhörlich dieselben Muster von nationaler Bedrohung und dieselben Klischees einer Überfremdung. So behauptet Höcke angesichts der wachsenden Zahl von Menschen, die 2015/16 nach Asyl in Deutschland suchten: Angela Merkel habe Deutschland »in einen Kultur- und Zivilisationsbruch historischen Ausmaßes geführt«. »Unser Vaterland ist ... in einer fast ausweglosen Situation.« Die Verursacherin sei eine »potentielle Rechtsbrecherin«, eine »Kanzler-Diktatorin«. Und Gauland sekundiert: »Ich will den Satz gern aufnehmen: Es ist eine Kanzler-Diktatorin. ... Ludwig der Vierzehnte, der Sonnenkönig, hätte sich nicht

getraut, was sie sich traut. Dass sie ein Volk völlig umkremple und viele fremde Menschen uns aufpfropft und uns zwingt, die als eigenes anzuerkennen. Das geht nicht.« Gauland und Höcke bedienen sich rhetorisch im Alarmismus. So wenig wie das seinerzeitige Kanzler-Wort – »Wir schaffen das«, das ohne programmatischen Inhalt daherkam –, als Beruhigungsspiel in der »Flüchtlingskrise« taugte, so wenig wird der Alarmismus der Lage gerecht. Doch das ist auch nicht das Anliegen der Populisten. Der alarmistische Wortschwall entzieht sich dem rationalen Diskurs. Die Schauererzählungen und historisch vollends schiefen Vergleiche werden von Gauland und Höcke eingesetzt als psychologische Stimuli, die in den Köpfen des Publikums zünden sollen. Die geradezu rauschhafte Steigerung von der einen Katastrophenschilderung zur nachfolgend schlimmeren – von einer »fast ausweglosen Situation« bis hin zum »Kultur- und Zivilisationsbruch« – ist Teil des demagogischen Rituals. Es soll wie folgt wirken: Der Agitator will sich dem Publikum zeigen als derjenige, der das liefert, was jene im Ungefähren denken oder empfinden, jedoch nicht mit dieser Wortgewalt auszusprechen in der Lage sind. Die Reizworte des Demagogen zielen also aufs sprachlose Unbehagen. Er will sich den sich Bedrängt-fühlenden als Ersatzvater, oder massenpsychologisch gesprochen, als fingiertes Über-Ich anbieten.

Bei der Analyse rechtspopulistischer Reden ist also wichtig, nicht den wenigen Brocken politischen Inhalts aufzusitzen. Absurd wäre etwa ein ernsthafter Diskurs darüber, wie wenig oder wie sehr die Bundeskanzlerin Angela Merkel einem Ludwig XIV. politisch in seiner Allmacht gleichkäme. Dass Gauland sie mit dem Sonnenkönig des Absolutismus auf eine Stufe stellt, dient als Reizwort allein der rechtspopulistischen Show. Je wortgewaltiger, desto besser. Denn der Zuhörer der Propaganda soll, »nachdem er daraus Befriedigung gezogen hat, aus Dankbarkeit für die ›Show‹ die Ideologie [akzeptieren], die ihm der Sprecher anbietet.« (Adorno, 1946)

Die Bewegung. Alle Rechtspopulisten ersetzen immer wieder Ziele durch Mittel. Der Slogan »Make Amerika great again«, mit dem Donald Trump die Präsidentenwahl in Amerika gewann, ist das jüngste prominente Beispiel. Worin er die allgemeine Wiedererstarkung Amerikas sieht oder wozu sie taugen soll, darüber verlor Trump vor der Wahl kaum programmatische Worte und auch nach der Wahl ist bislang nur ein wirrer Aktionismus zu sehen. Was er aber ausreichend vielen Menschen in seinen Wahlkampfreden, besser Shows, erfolgreich aufschwatzte, war, dass allein er die erlösende Kraft habe, Amerika wieder groß zu machen. Die Person Trump war Inhalt und Mittelpunkt jeder dieser Shows, das »Make Amerika great again« nur sein Label und kein Inhalt.

Gegenüber Trump schrumpfen Gauland und Höcke zu rechtspopulistischen Lehrlingen. Doch auch sie bedienen sich des gleichen rhetorischen Musters, Ziele durch Mittel zu ersetzen. Freilich ist ihre Version dabei noch wesentlich farbloser als die des Egomane Trump. Das hat Gründe, die zunächst in den unterschiedlichen Charakteren der Akteure begründet liegen. Die im Erscheinungsbild so korrekten Herren Gauland und Höcke kann man sich kaum als exaltierte, brüllende, Faxen treibende, offen vulgäre oder unter der Gürtellinie frauenfeindliche Redner vorstellen. Desweiteren verbietet sich in der Bundesrepublik ein zu Trump analoger Slogan – also: Machen wir Deutschland wieder groß – wegen der impliziten Nähe zur nationalsozialistischen Großmannssucht. Da haben es AfD-Agitatoren, wenn sie es denn wollten, ungleich schwerer als Trump. Aber auch sie schwafeln, wo es um konkrete und positiv formulierte politische Ziele gehen müsste, hauptsächlich von ihrer Bewegung, also dem Mittel, das es richten soll. So bekennt etwa Höcke: »Nur mit Politikern, die ihr Land und ihr Volk auf eine ganz natürliche Art und Weise lieben, nur mit einem Komplettaustausch der politischen Alt- und Pseudoeliten in diesem Lande und mit einem Neustart einer neuen unverbrauchten politischen, vaterlandsliebenden Elite wird uns das gelingen. ... Die Altparteien ... von der Mauermörderpartei bis zur Marienkäferpartei: Sie lösen den deutschen Nationalstaat, sie lösen den deutschen Rechtsstaat, sie lösen den deutschen Sozialstaat auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Aber Sie, wir, die AfD, unser Volk: Wir werden gemeinsam diesen Wasserstrahl spätestens 2017 zudrehen.« Zuvor hat Höcke kein Wort darüber verloren, wodurch und wie er all die Probleme des beschworenen deutschen Untergangs lösen will. Er baut vielmehr das übliche rechtspopulistische Schema von schwarz und weiß, von Feind und Freund auf: Denn es sei das »Altparteienkartell«, das »unser Geld für irrsinnige, ideologische Politikprojekte in aller Welt verschleudert«, statt es daheim den Deutschen zu lassen. Aber die neue Bewegung der Deutschland liebenden Politiker werde es schon richten. Kurzum: Konkret erkennbare Ziele des politischen Handels bleibt der rechtspopulistische Agitator gerne schuldig und setzt an ihrer Stelle allein die neue Bewegung.

Warum zündet die Propaganda? Die Muster rechtspopulistischer Agitation liefen ins Leere, wenn das Publikum nicht eine dafür empfängliche Disposition mitbrachte. Diese Disposition kann nicht wesentlich aus subjektiven Momenten abgeleitet werden, sondern hat objektive, gesellschaftliche Gründe. Diese benannte der Philosoph Adorno bereits Mitte des letzten Jahrhunderts, kaum 14 Jahre nach dem

Ende des Nationalsozialismus. Seine Analyse hat nichts an Aktualität eingebüßt: »Dass der Faschismus nachlebt; dass die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang ..., rührt daher, dass die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten. ... Die ökonomische Ordnung und, nach ihrem Modell, weithin auch die ökonomische Organisation verhält nach wie vor die Majorität zur Abhängigkeit von Gegebenheiten, über die sie nichts vermag, und zur Unmündigkeit. Wenn sie leben wollen, bleibt ihnen nichts übrig, als dem Gegebenen sich anzupassen, sich zu fügen; sie müssen eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee von Demokratie appelliert, können sich selbst erhalten nur, wenn sie auf ihr Selbst verzichten. ... Die Notwendigkeit solcher Anpassung, die zur Identifikation mit Bestehendem, Gegebenem, mit Macht als solcher, schafft das totalitäre Potential.

Es wird verstärkt von der Unzufriedenheit und der Wut, die der Zwang zur Anpassung selber produziert und reproduziert. Weil die Realität jene Autonomie, schließlich jenes mögliche Glück nicht einlöst, das der Begriff von Demokratie eigentlich verspricht, sind sie indifferent gegen diese, wofern sie sie nicht insgeheim hassen. Die politische Organisationsform wird als der gesellschaftlichen und ökonomischen Realität unangemessen erfahren; wie man selber sich anpassen muss, so möchte man, dass auch die Formen des kollektiven Lebens sich anpassen, um so mehr, als man von solcher Anpassung das streamlining des Staatswesens als eines Riesenunternehmens im keineswegs so friedlichen Wettbewerb aller sich erwartet. Die, deren reale Ohnmacht andauert, ertragen das Bessere nicht einmal als Schein; lieber möchten sie die Verpflichtung zu einer Autonomie loswerden, von der sie argwöhnen, dass sie ihr doch nicht nachleben können, und sich in den Schmelztiegel des Kollektiv-Ichs werfen.« (Adorno, 1959) (*Jürgen Garbers*)

* **Quellen:** www.faz.net/aktuell/politik/inland/zum-nachlesen-gaulands-rede-im-wortlaut-14269861.html und www.youtube.com/watch?v=hovFvhKKpNE

Literaturhinweise:

Theodor W. Adorno (1946), Antisemitismus und faschistische Propaganda; in: Ernst Simmel (Hg.), Antisemitismus, Frankfurt am Main 1993, S. 148 ff.

Theodor W. Adorno (1959), Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit; in: Ders., Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt am Main 1963, S. 125 ff.

Schablonen des Populismus: Pseudo-Tabu

Der vermeintliche Tabubruch ist essentiell für Rechtspopulisten. Er bedient die Interessen ihrer Zielgruppe, er garantiert das wesentliche Elixier für die eigenen Ambitionen: Aufmerksamkeit. Das Motiv ist dementsprechend nicht der selbstlose »Mut zur Wahrheit« sondern kalkuliertes Eigeninteresse.

Björn Höcke hat ein Händchen für medienwirksame Auftritte. Ein denkwürdiges Beispiel lieferte er im Oktober 2015 mit seinem Besuch bei Günther Jauch ab. Neben Aussagen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen ließen, blieb vor allem ein Bild in Erinnerung: Gleich zu Beginn hing er ein Deutschlandfähnchen über seine Sessellehne, »um allen Anwesenden und um den Fernsehzuschauern zu zeigen, dass die AfD die Stimme des Volkes spricht gegen eine – das muss ich ganz deutlich sagen – verrückt gewordene Altparteienpolitik«.

Damit gelang es ihm, sich die republi-

kanischen Farben anzueignen, obwohl die alten Reichsfarben stärker für Höckes Weltbild stünden. Bezeichnend ist jedoch, dass er dies ohne großen Widerspruch tun konnte. Er hatte die übrigen Gäste einfach überrumpelt und damit an eine

erprobte Strategie der AfD angeknüpft – dem **vermeintlichen Tabubruch**.

Allzu gern reden die führenden Köpfe der AfD von Tabus, wo es überhaupt keine gibt. Der frisch gewählten Spitzenkandidatin Alice Weidel zufolge erfordere es den Mut, vehementen Widerspruch auszuhalten, wenn man bestehende Missstände benenne. Angebliche »Denkverbote« würden es ihrer Partei erschweren, die eigene politische Position frei zur Sprache zu bringen.

Auf diese Weise stilisiert sich die Partei zum **Opfer** und diskreditiert gleichzeitig jegliche Kritik der eigenen Position. Denn jeder Widerspruch sei in erster Linie ein Angriff auf Pluralismus und Meinungsfreiheit, die Pseudo-Tabubrecher dagegen mutige Verteidiger demokratischer Werte.

»Die AfD fordert daher das selbstverständliche Recht auf freie Rede für freie Bürger wieder ein. Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen«

Grundsatzprogramm der AfD

»Es muss endlich Schluss damit sein, dass diejenigen, die auf die Missstände in unserem Land hinweisen, härter bekämpft werden, als die Missstände selbst, meine Damen und Herren.

Wir werden uns als Demokraten und Patrioten trotz dessen nicht den Mund verbieten lassen, denn die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.«

Rede von Alice Weidel auf dem 6. Bundesparteitag der AfD, 23.04.2017



Die Vorteile liegen auf der Hand: Die vermeintlichen Tabubrecher können sich positiv in Szene setzen und mit einem hohen Maß an Publizität rechnen. Darüber hinaus fällt es der AfD dadurch leichter, die öffentliche Diskussion weiter nach rechts zu ziehen. Denn Positionen, die zuvor noch zurückgewiesen, aber nicht tabuisiert worden wären, werden im Idealfall gegen Widerspruch immunisiert.

Besonders tückisch ist, dass auf diese Weise auch das **Vertrauen** in eines der Grundrechte der Gesellschaft untergraben werden kann – das Recht der Meinungsfreiheit. Obwohl die AfD genau weiß, dass der Rechtsstaat das volle Recht auf Meinungsfreiheit garantieren soll, erweckt sie sogar in ihrem Grundsatzprogramm den Eindruck, in ihrer Freiheit eingeschränkt zu werden. Der postulierte Anspruch »Mut zur Wahrheit« ist ein offensichtliches Flirten mit dem Tabubruch. Doch während der echte Tabubruch negative soziale Folgen für den Tabubrecher nach sich ziehen kann, bleibt der

Pseudotabubruch folgenlos. In einem Strategiepapier zur Bundestagswahl vertraut die AfD genau auf diesen Effekt: »Die AfD lebt gut von ihrem Ruf als Tabubrecherin und Protestpartei. Sie braucht sich dessen nicht zu schämen, sondern muss sich selbstbewusst zu ihrer Aufgabe bekennen, dem Protest in Deutschland eine politische Richtung und ein Gesicht zu geben.«

Was hilft? Das Spiel mit dem Tabubruch funktioniert nur so lange, wie das Umfeld mitspielt. So lange die Inszenierungen der AfD auf alarmierte Reaktionen stößt, so lange fragwürdige Aussagen der üblichen Verdächtigen in den Medien schlagzeilenträchtig aufbereitet werden, kann die Partei nur gewinnen. Entscheidend dürfte es sein, mehr Gelassenheit im Umgang mit der AfD zu üben und den Drang der Partei nach Aufmerksamkeit ins Leere laufen zu lassen. Dann bleibt das Brechen von Pseudo-Tabus nur ein Sturm im Wasserglas. *(Oliver Trier)*

Merkmale des Populismus: Abgrenzung

Parteien wie die AfD sind getrieben von dem Drang, sich abzugrenzen. Vom Islam, der nicht nach Deutschland gehöre, von einem vermeintlichen politischen Kartell oder dem Gender Mainstreaming. Diese intensive Abgrenzung erlaubt es der Partei, eine größtmögliche Zahl von Sympathisanten für sich zu gewinnen und dabei auf zu genaue Selbstaussagen zu verzichten.

Deutlicher geht es kaum: »**Der Islam gehört nicht zu Deutschland.**« Während die mitunter zugespitzten Aussagen ihrer Vertreter im Nachhinein oft dementiert, korrigiert oder zurückgenommen werden, scheut die AfD in ihrem Parteiprogramm eine eindeutige Positionierung und Abgrenzung nicht.

Abgrenzung wiederum gehört zum Kern von Populismus. Mangels eigener, positiver Ziele und Standpunkte definiert sich eine populistische Partei maßgeblich über Abgrenzung. Genauso wie es leichter fällt, Probleme und Miss-

stände zu benennen, aber keine Lösungen anzubieten, ist es mit der Selbstdefinition. Ein zu klares Bild der eigenen Inhalte und Ziele birgt die Gefahr, mögliche Anhänger zu verprellen. Abgrenzung dagegen ist sinnstiftend. Feindbilder zu konstruieren und zu pflegen, weckt leicht das Gefühl von Gemeinschaft – die sind anders, »wir« sind besser. Nicht ohne Zufall wenden sich die Politiker der AfD in ihren Reden so gern an die »lieben Freunde«. Diese Abgrenzung funktioniert jedoch in mehrere Richtungen: vertikal und horizontal.

Vertikal. Mit der wiederholten Rede von einem »politischen Kartell« will die AfD einen Keil zwischen, »die da oben« und dem »kleinen Mann« treiben. Das »einfache Volk« sei von den wirklichen Entscheidungen ausgeschlossen. Dagegen verspricht die AfD, allein die wahren Bedürfnisse des Volkes vertreten zu können. Mit diesen anti-elitären Vorbehalten

schürt die Partei nicht nur einen Gegensatz zwischen Politik und Gesellschaft, sie untergräbt auch das Vertrauen in die parlamentarische Verfassung der Bundesrepublik.

Horizontal. Das »Volk« müsse aber nicht nur vor den »korrupten Eliten« beschützt werden. Gefahr droht in den Augen der AfD auch von »Anderen«. Muslime und der Islam sind nicht das einzige Feindbild der AfD. Die Partei grenzt sich beispielsweise genauso von der »Gender Ideologie« und »lauten Minderheiten« (Homo- und Transsexuelle) ab.

Abgrenzung ermöglicht es, **Sündenböcke** für die ausgemachten Probleme verantwortlich zu machen. Dadurch scheinen auch relativ einfache Lösungen Abhilfe zu versprechen. In dieser verkürzten Logik lassen sich Probleme am besten lösen, indem man die »Ursache« – also den Sündenbock – bekämpft.

Angesichts des **statischen Bildes**, das die AfD von Gesellschaft und Kultur hat, wird sie mit ihrer Abgrenzung nicht bei den Gruppen Halt machen, die heute schon Ziel sind. Nach und

nach wird sie immer neue Feindbilder ausrufen. Letztlich stellt jede Abweichung von dem bislang nur grob umrissenen Gesellschaftsbild der AfD ein Risiko und eine Herausforderung der eigenen Identität dar.

Dementsprechend wird sich die AfD – wie in der Vergangenheit mit Euro-Krise, der sogenannten Flüchtlingskrise und inzwischen der Demographie-Krise – zur eigenen Identitätsfindung auch in Zukunft auf Krisen fokussieren, die drohen, dem »Volk« etwas zu nehmen.

Was hilft? Die AfD kann aufgrund ihres rechtspopulistischen Charakters nicht aufhören, sich von Gruppen abzugrenzen. Deswegen ist es wichtig, die Partei ernst zu nehmen und aufmerksam zu beobachten. Gegen ihre Abgrenzung ist öffentlicher und privater Widerspruch unerlässlich. Erfolgreich kann Abgrenzung aber nur sein, solange sie Ängste vor »den Anderen« hervorrufen kann. Dagegen kann politische Bildung und Aufklärung helfen, vor allem

aber wird es darauf ankommen, den Raum für eigene Erfahrungen mit »den anderen« zu schaffen.

(*Oliver Trier*)

»Spätestens seit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt. Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. [...] Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.«

Grundsatzprogramm der AfD



Mit dem »Mut zur Wahrheit« gegen die »Lügenpresse«

Argumentativ fischen Rechtspopulisten in seichten Gewässern. Anstatt die inhaltliche Auseinandersetzung zu suchen, immunisieren sie den eigenen Standpunkt gegen Kritik und diskreditieren jeglichen Widerspruch. Sie wännen die »Wahrheit« auf der eigenen Seite, wenn es gegen »Lügenpresse« und politische Korrektheit in den Kampf geht.

Es ist etwas faul im Staate Deutschland. Eine Einschätzung, die womöglich Viele unterschreiben würden. Vor allem aber ein Standpunkt, der sich zur wesentlichen Geschäftsgrundlage der AfD entwickelt hat. Verbunden mit dieser Wahrnehmung sind nämlich zwei Konsequenzen: 1. Aus Gründen der politischen Korrektheit dürfe man die wahren Probleme des Landes nicht benennen. 2. Es muss sich etwas ändern.

Als selbsternannte Stimme des »einfachen Mannes von der Straße« verspricht die AfD, diese Probleme zu lösen. Da sie die Dinge mit »gesundem Menschenverstand« betrachte, könne allein die AfD, den wahren »Volkswillen« artikulieren. Damit suggeriert sie für ihre Sicht der Dinge den Status der »Wahrheit«.

Mit ihrem »Mut zur Wahrheit« versucht sich die AfD gegen jegliche Kritik zu **immunisieren**. Unter diesen Umständen wird aus Kritik an der AfD nicht Kritik irgendwelcher Parteipositionen – sondern Kritik an der »Wahrheit«. Und wer will schon gegen die Wirklichkeit argumentieren?

Doch am Ende geht es der AfD vor allem um Emotionen und weniger um Fakten. Ohne Umschweife erklärte



Lügen +
Verschweigen



Georg Pazderski, Spitzenkandidat der AfD in Berlin, kurz vor der Landtagswahl, warum seine Partei Ängste vor Problemen schüre, die sich statistisch nicht nachweisen ließen: »Es geht nicht nur um die reine Statistik, sondern es geht darum, wie das der Bürger empfindet. (...) Im Englischen gibt es ein schönes Wort. Das heißt: »Perception is reality.« Das heißt also, das, was man fühlt, ist auch Realität. (...) Wir dürfen doch nicht über die Ängste der Bevölkerung hinweggehen.«

Ganz ähnlich äußerte sich Alexander Gauland in einem Interview mit dem NDR-Magazin Panorama: »Man macht es nicht, indem man falsche Dinge behauptet, aber indem man bestimmte Dinge in den **Vordergrund der Argumentation** stellt. (...) Sie argumentierten mit dem Durchschnitt, und ich argumentiere mit deutlichen Ausreißern von dem Durchschnitt.«

Falsch liegen die beiden Herren nicht. Die eigene Wahrnehmung hat sicherlich einen großen Einfluss auf die eigene Wirklichkeit. Es reicht jedoch nicht, die Wahrheit für sich in Anspruch zu nehmen. Deswegen versucht die AfD, jeglichen Widerspruch zu diskreditieren.

Besonders deutlich zeigt sich diese Einstellung im Umgang mit der sogenannten »Lügenpresse«. Kritische Medien werden durch diesen Vorwurf zum Teil der ausgemachten Probleme. Die AfD will die Glaubwürdigkeit von Medien mit einem Kampfbegriff untergraben, der unter den Nationalsozialisten seine unrühmlichste Wirkung entfaltete. Dafür appelliert sie auch an vorhandene Vorbehalte gegenüber den Medien. Gegenüber dem NDR erklärte Gauland: »Sie brauchen in der politischen

*»Deutschland muss seine innere Freiheit zurückgewinnen!
Die von vielen sogenannte Lügenpresse hat sich ihren Namen nicht selten redlich verdient. Anstelle objektiver Berichterstattung propagiert sie eine fatale Willkommenskultur. Das GEZ-gebührenfinanzierte Staatsfernsehen markiert uns als Gegner, weil wir sagen, was nicht gesagt werden soll. Die politische Korrektheit liegt wie Mehltau auf unserem Land. Die AfD ist der Garant für die freie Rede und für die schonungslose, ehrliche Analyse unserer Lage.
Weil wir uns heute hier versammelt haben, ist die innere Freiheit in Deutschland noch lebendig.«*

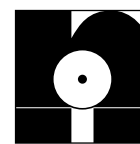
Auszug aus den »5 Grundsätzen für Deutschland«, verlesen von Alexander Gauland und Björn Höcke am 18.11.2016 in Magdeburg und Erfurt

Auseinandersetzung extreme Formulierungen. (...) Da können sie die Lügenpresse nehmen oder die Lückenpresse oder die Pinocchio-Presse. Ja, wir müssen zuspitzen, um uns hörbar und deutlich zu machen.« Doch mit der Rede von der »**Lügenpresse**« verzichtet die AfD auch auf eine deutliche Abgrenzung von jenem Lager, in dem der Kampfbegriff ansonsten gern genutzt wird – den Rechtsextremen.

Ob diese Taktik aufgeht, hängt nicht zuletzt von der Bereitschaft ab, dieses Spiel mitzuspielen. Spielverderber müssen Rechtspopulismus ernst nehmen, dürfen dabei aber nicht in Panik verfallen. Sie können die inhaltliche Leere der AfD bloßstellen und haltlose Vorwürfe gegen Kritiker benennen. (Oliver Trier)

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



Nehr Offsetdruck Media

Antonie-Möbis-Weg 3 · 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 · Telefax 040 / 571 09 62

Anzeige

Seit über 20 Jahren
Partner des LR Hamburg

Wir versichern alle(s)

Maßnahmen - Veranstaltungen - Einrichtungen

ABTEILUNG BEREICHE JUGEND, BILDUNG, KULTUR UND FREIZEIT



BERNHARD
ASSEKURANZMAKLER GMBH & CO. KG
SEIT 1950



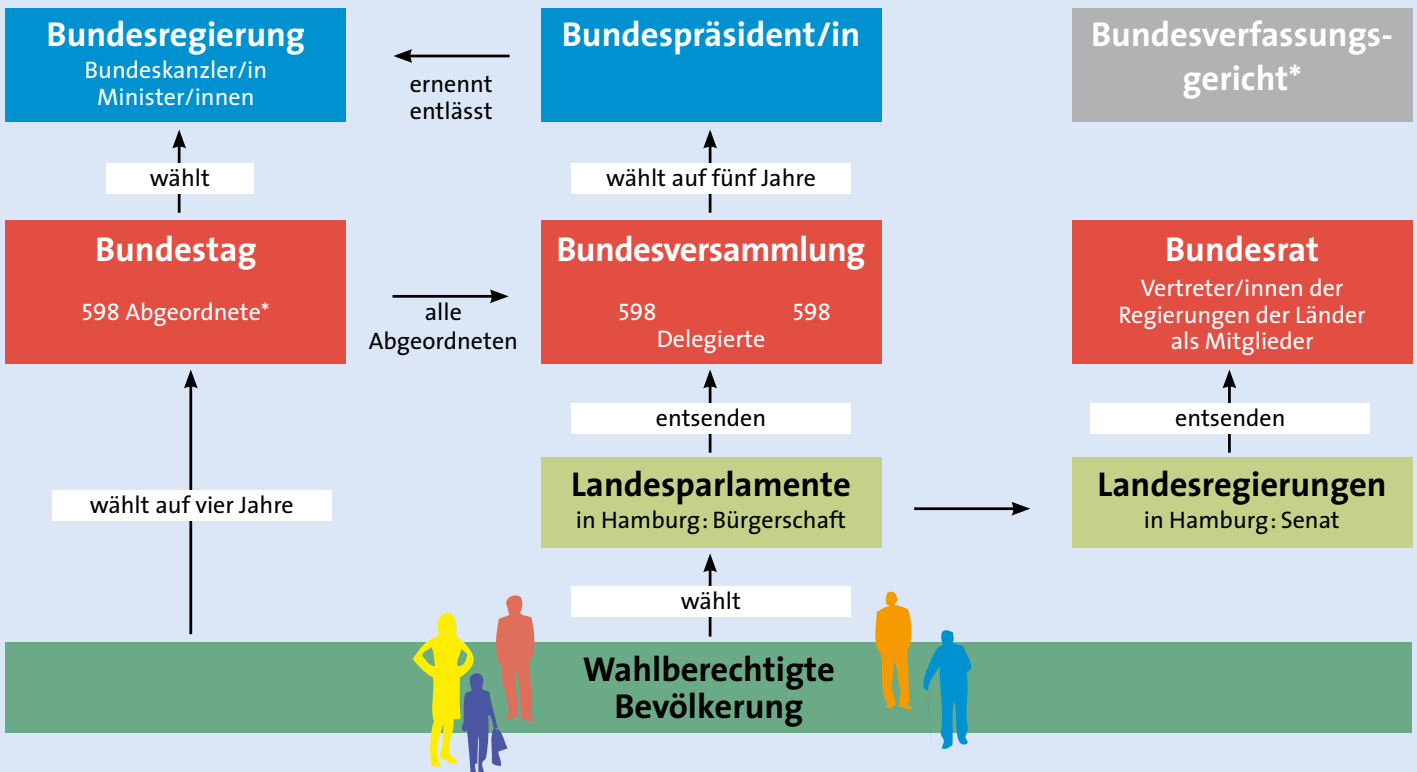
Mühlweg 2b · D-82054 Sauerlach · Telefon +49 (0) 8104 / 89 16-0 · Telefax +49 (0) 8104 / 89 17-35 · jugend@bernhard-assekuranz.com · www.bernhard-assekuranz.com

Was steht zur Wahl?

Am 24. September 2017 bestimmen die deutschen Staatsbürger/innen mit ihrer Wahl die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages und damit die politische Machtverteilung auf der Bundesebene.

Gewählt werden die Mitglieder (Abgeordnete) des Deut-

schen Bundestages. Der Bundestag, auch Parlament genannt, ist die durch Wahlen direkt gewählte Volksvertretung. Die Mitglieder des Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für in der Regel vier Jahre vom Volk gewählt.



* 2 Senate mit je 8 Mitgliedern; gewählt je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat

** Zuzüglich möglicher Überhangs- und Ausgleichsmandate

Wer darf wählen?

- Alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Grundgesetz (Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft) und ...
- die am Wahltag – Sonntag, den 24. September 2017 – das 18. Lebensjahr vollendet haben, und ...
- seit mindestens drei Monaten – seit dem 24. Juni 2017 – in der Bundesrepublik Deutschland ihren Hauptwohnsitz haben.

Wichtige Informationen

- Wählen darf nur, wer als Wahlberechtigte/r in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist.

- Achte darauf, dass Dir bis zum 3. September die Wahlbenachrichtigungskarte zugegangen ist.
- Wenn Du bis zum 3. September keine Wahlbenachrichtigung erhalten hast, wende Dich an Dein zuständiges Bezirksamt.
- Auf der Wahlbenachrichtigung steht, wo Dein Wahllokal ist, in dem Du am 24. September zwischen 8 und 18 Uhr wählen kannst. Nimm Deinen (gültigen) Personalausweis und die Wahlbenachrichtigungskarte mit zur Wahl und lege beides dem Wahlvorstand vor.

Wie wird gewählt?

Jede Wählerin und jeder Wähler hat zwei Stimmen:

- auf der linken Stimmzettelhälfte eine Erststimme für die Wahl einer/eines Wahlkreisabgeordneten (Direktmandat)
- auf der rechten Stimmzettelhälfte eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste (Partei)

Die Zweitstimme ist für die parteipolitische Verteilung aller 598 Bundestagssitze die maßgebliche Stimme (Landesliste).

Das Bundeswahlgesetz sieht ein so genanntes personalisiertes Verhältniswahlrecht vor:

- Verteilung der Erststimmen: Die Bundesrepublik Deutschland ist in 299 Wahlkreise aufgeteilt, Hamburg in sechs Wahlkreise. Wählbar sind sowohl Partei- als auch parteiunabhängige Kandidaten/innen (Direktmandate). Die Kandidatin oder der Kandidat, die/der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen – relative Mehrheit – für sich gewinnen konnte, ist für diesen Wahlkreis in den Bundestag gewählt. Es gibt insgesamt 299 Abgeordnete, die auf diesem Weg die Mitgliedschaft im Bundestag erhalten.
- Verteilung der Zweitstimmen: Ausschlaggebend für die parteipolitische Zusammensetzung des Bundestages mit seinen regulär 598 Abgeordneten ist das Verhältnis der für die Parteilisten bundesweit abgegebenen Zweitstimmen. Berücksichtigt werden allerdings nur die Parteien, deren Listen mindestens 5% aller gültigen Zweitstimmen erhalten haben oder die mindestens drei Wahlkreisabgeordnete stellen.

Wie Du Deine beiden Stimmen verteilst, ist Deine Wahl!

Du hast zwei Möglichkeiten:

- beide Stimmen für eine Partei: für den/die Kandidaten/innen für das Direktmandat und für die Landesliste
- oder: die Erststimme für den/die Kandidaten/in der einen Partei, die Zweitstimme für die Landesliste einer anderen Partei.

Briefwahl

Wahlberechtigte, die in ein Wählerverzeichnis eingetragen sind, können ihr Wahlrecht ohne Vorliegen eines besonderen Grundes durch Briefwahl ausüben. Dies ist auch möglich, wenn sie sich vorübergehend im Ausland befinden. Dazu müssen sie bei der Gemeinde ihres Hauptwohnortes einen sogenannten Wahlschein beantragen. Einer Begründung hierzu bedarf es nicht mehr. Dem Wahlschein werden automatisch Briefwahlunterlagen beigelegt.


Mit einem Wahlschein kann man alternativ außerdem in einem beliebigen anderen Wahlbezirk dieses Wahlkreises wählen.

Muster-Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 00 Wahlhausen
am 24. September 2017

Sie haben 2 Stimmen



hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer Wahlkreis-
abgeordneten

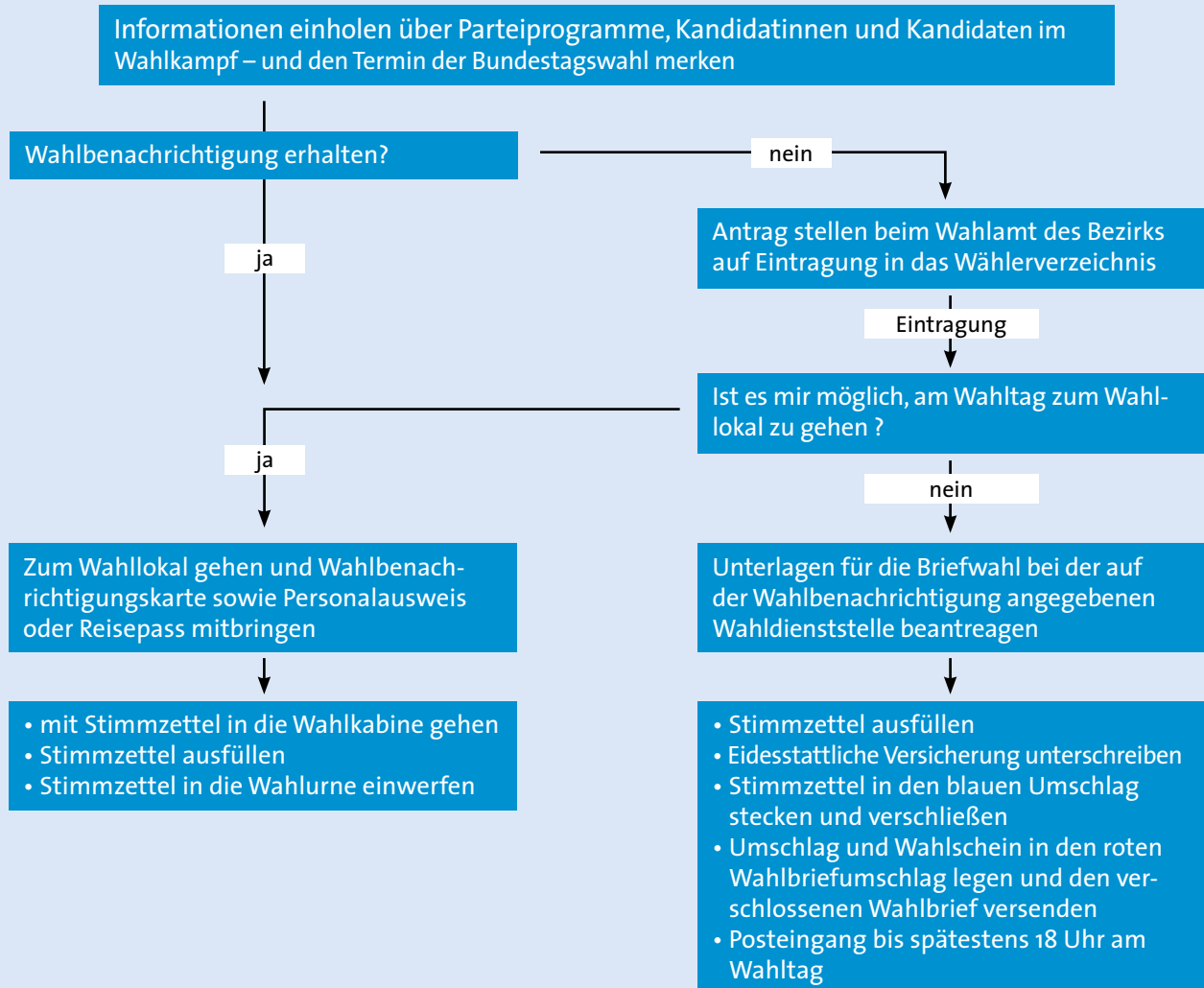


hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
- maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien

Erststimme			Zweitstimme		
1	Schmidt, Mathias Werkmeister Wahlhausen Hohe Str. 29	AP A-Partei <input type="radio"/>	<input type="radio"/>	AP-Partei Willi Hagen, Ute Krause, Ernst Pauls, Detlef Rath, Dr. Ulrich Waten	1
2	Krause, Franz Studienrat Wahlhausen Aachener Str. 17	BP B-Partei <input type="radio"/>	<input type="radio"/>	BP-Partei Peter Kramer, Nils Lehn, Emil Stern, Doris Tohn, Silke Wangermann	2
3	Dr. Müller, Hildegard Ärztin Wahlhausen Wiener Platz 15	CP C-Partei <input type="radio"/>	<input type="radio"/>	CP-Partei Lars Brächer, Carl Maas, Egon Patzker, Inge Still, Dr. Horst Umber	3
4	Meier, Martin Kaufmann Wahlhausen Römerstr. 209	DP D-Partei <input type="radio"/>	<input type="radio"/>	DP-Partei Mark Krause, Til Laue, Anke Mauer, Udo Tal, Liselotte Tauber	4
5	Behrend, Dietrich Journalist Wahlhausen Rheinstr. 63	EP E-Partei <input type="radio"/>	<input type="radio"/>	EP-Partei Lars Berger, Ingo Cohn, Lutz Niemer, Kora Pohl, Jochim Teschner	5
			<input type="radio"/>	FP-Partei Wim Cohrs, Pat Degen, Frank Grün, Gerda Mohn, Hans Vechner	6
7	Bremer, Josef Bundesbeamter Wahlhausen Neumarkt 18	GP G-Partei <input type="radio"/>	<input type="radio"/>		



Jetzt mal checken!



Auf Tour durch Hamburg: der Wahl-O-Mat zum Aufkleben

Eine Aktion des Landesjugendrings Hamburg und der Landeszentrale für politische Bildung

Der analoge Wahl-O-Mat geht drei Wochen vor der Bundestagswahl am 24. September auf Tour durch Hamburg. Über 40 Tourstationen werden mit zwei Sets angefahren – eine öffentliche Tour und eine Tour an Jugendorten: von Altona bis Wilhelmsburg, von der Bücherhalle am Hauptbahnhof über das Rathausfoyer und Schulen bis zur Rindermarkthalle. An vielen Orten kannst Du dazu kommen und den Wahl-O-Mat zum Aufkleben nutzen.

Alle Infos unter: www.ljr-hh.de/wahl-o-mat-zum-aufkleben

